

LESERBRIEFE

Planungsberichte lösen das Problem nicht

Für einige Branchen ist die Besetzung der offenen Lehrstellen seit vielen Jahren eine grosse Herausforderung. Mittlerweile sind die meisten Branchen davon betroffen und das schweizweit. Vor diesem Hintergrund ist es eigentlich erfreulich, dass sich 2022 im Kanton Luzern drei Viertel der Schulabgängerinnen und -abgänger für eine Lehre entschieden haben. Aber auch bei uns wird der gymnasiale Weg immer beliebter. Die meisten Gründe für diese Entwicklungen sind grundsätzlich bekannt. Dazu gehören neben der demografischen Entwicklung auch Imageprobleme einzelner Branchen oder falsche Vorstellungen über die Berufe, die Lehrpersonen und Eltern

dazu verleiten, die Kinder ins Gymi zu schicken. Ein Planungsbericht zur Stärkung der Berufsbildung, wie ihn die SP nun fordert, wird diese Probleme nicht lösen. Dafür braucht es auch keine weiteren Papiere oder Studien, sondern Personen, welche die Bedürfnisse der Unternehmen und der Wirtschaft kennen, selber Erfahrungen mit dem dualen Bildungssystem haben und handeln wollen. Regierungsratskandidatin Claudia Huser bringt all das mit. Als Macherin mit einem breiten Netzwerk gehört sie deshalb in den Luzerner Regierungsrat.

Julian Wiederkehr, Schötz,
Präsident GLP Wahlkreis Willisau

Eine Frau mit Profil

Ylfete Fanaj bringt vielseitige Lebens- und Berufserfahrungen mit. Sie vereinbart Familien- und Berufsarbeit. Ihre politischen Aktivitäten auf Gemeinde- und Kantonsebene stossen auf breite Akzeptanz über die Parteigrenzen hinweg. Sie arbeitet lösungsorientiert und kann Kompromisse schmieden. Sie steht ein für die Menschen und eine

Entwicklung, die das Wohl aller wie auch die Klimaziele im Auge behält. Diesen klaren Blick und Gestaltungswille braucht es im Regierungsrat. Gerne gebe ich am 14. Mai Ylfete Fanaj meine Stimme.

Verena Kleeb,
Organisationsentwicklerin, Willisau

Heiratsstrafe abschaffen

Die Heiratsstrafe abschaffen und gleichzeitig eine Strafe für Einverdienerhepaare einführen, das will offenbar Andreas Bärtschi. In seinem Leserbrief (WB vom 25. April) kritisiert er meine Haltung zur Abschaffung der Heiratsstrafe. Er plädiert für die Einführung der Individualbesteuerung. Mit der Individualbesteuerung wird zwar die Heiratsstrafe abgeschafft, aber damit die Einverdienerhepaare benachteiligt, weil diese bei der Steuerprogression bestraft werden. Das ist keine Option. Noch etwas: Wer sich die Reduktion oder zumindest eine Stabilisierung der Administrativlast auf seine politische Agenda setzt, kann sich nicht für die Individualbesteuerung einsetzen. Stellen Sie sich vor: Mit der Einführung der Individualbesteuerung müssten schweizweit über

1,6 Millionen zusätzliche Steuererklärungen ausgefüllt, eingereicht, bearbeitet und eingeschätzt werden. Ebenso würden alle 26 Kantone – alle haben die Heiratsstrafe bereits abgeschafft – gezwungen, ihre Steuergesetzgebung erneut zu ändern. Das kann im Ernst doch nicht gefordert werden. Das Problem liegt beim Bund, deshalb muss beim Bund die Lösung her. Darum: Die Heiratsstrafe gehört abgeschafft, aber nicht über die Einführung der Individualbesteuerung, sondern über den Weg, den die Mitte mit ihrer Volksinitiative vorschlägt. Wir wollen das Problem lösen, aber nicht neue Benachteiligungen einführen und wir wollen uns auch nicht weitere Administrativlasten aufbürden.

Leo Müller, Nationalrat Mitte, Ruswil

Fachkräftemangel als Herausforderung

SP FRAUEN Am vergangenen Montag fand im Rahmen der GV der SP Frauen Kanton Luzern in Willisau eine Podiumsdiskussion zum Thema Fachkräftemangel aus Frauensperspektive statt. Frauen in Führungspositionen aus verschiedenen Branchen diskutierten dabei bestehende Herausforderungen und politische Lösungsansätze.



Von links nach rechts: Andrea Schwegler, Tamara Celato, Moderatorin und SP-Kantonsrätin Anja Meier, SP-Regierungsratskandidatin Ylfete Fanaj, Andrea Elmer, Magdalena Fuchs Genzoli, Franziska Kramer. Foto zvg

Irma Schwegler, Willisauer Stadträtin, hiess zu Beginn die zahlreichen Interessierten aus dem ganzen Kanton im Willisauer Rathaus willkommen. Im statuarischen Teil wurden Marta Lehmann aus Luzern und Sara Agner aus Dagmersellen als neue Co-Präsidentinnen der SP Frauen Kanton Luzern gewählt.

Während der anschliessenden Podiumsdiskussion berichteten die geladenen Frauen von den Herausforderungen, die der Fachkräftemangel in ihren Fachbereichen mit sich bringt. Magdalena Fuchs Genzoli schilderte beispielsweise die Schwierigkeiten in der Pflege. Es wanderten viele Fachpersonen ab, obwohl sie ihre Arbeit liebten. Es seien die Rahmenbedingungen, die sich dringend verbessern müssten.

Nebst der Politik sind auch die einzelnen Betriebe gefordert. Im Gastgewerbe, so Franziska Kramer, sehe man gut, dass Unternehmen, die in die Personalentwicklung investieren und sich durch gute Anstellungsbedingungen und optimale Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten auszeichnen, weniger Nachwuchsprobleme hätten.

Andrea Schwegler, welche im Bereich Architektur und Verkehrsplanung tätig ist, betonte, die Politik müsse der Berufsbildung mehr Wertschätzung entgegenbringen. Und: «Will ein Unternehmen attraktiv bleiben, muss es innovativ und der Zeit immer fünf Schritte voraus sein.»

Die im Bildungswesen tätige Tamara Celato betonte die Wichtigkeit, als Arbeitgeber in die psychologische Sicherheit zu investieren. Dem Betriebsklima sowie der Begleitung der Mitarbeitenden müsse heutzutage genügend Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Und Andrea Elmer, welche die Marketing- und Kommunikationsabteilung einer IT-Unternehmung verantwortet, ergänzte, dass bei der Berufswahl traditionelle Rollenbilder nach wie vor eine grosse Rolle spielen würden. Dabei seien gemischte Teams erwiesenermassen erfolgreicher. Es brauche deshalb neben guten Arbeitsbedingungen auch einen

gesellschaftlichen Wandel, um mehr Frauen für typische Männerberufe begeistern zu können und umgekehrt.

Zum Schluss gab die Moderatorin und Kantonsrätin Anja Meier das Wort an die anwesende SP-Regierungsratskandidatin Ylfete Fanaj. Ylfete Fanaj betonte, dass es den Miteinbezug verschiedener Perspektiven brauche, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Um das Arbeitskräftepotenzial besser auszuschöpfen, seien gute Arbeitsbedingungen sowie die proaktive Förderung von neuen Arbeitsmodellen von grosser Bedeutung. Entscheidend seien aber auch die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen: «Solange im Kanton Luzern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht gewährleistet ist, solange bleibt der Fachkräftemangel selbstgemacht», so Fanaj. Für eine bessere Vereinbarkeit möchte sie sich in der Luzerner Regierung im Falle einer Wahl am 14. Mai einsetzen. am

Schikane - Tempo 30 auf Kantonsstrassen

Der «Willisauer Bote» setzt sich mit einem mehr als einhalb seitigen Bericht hochjubelnd für Tempo 30 innerorts auf Kantonsstrassen ein. Dabei wird das erste Tempo-30-Diktat in der Region durch die Gemeinde Wauwil als zukunftsweisend und zielführend verkauft, auch werde diese Tempo-30-Schikane von der breiten Bevölkerung mitgetragen. Was von dem Einwohner von Wauwil vielleicht noch mitgetragen wird, leider gibt es dazu keine ordentliche Abstimmung, wird aber in der breiten Bevölkerung sehr kritisch aufgenommen, ja sogar als Diktat und Schikane betrachtet!

Der Chefredaktor des «Willisauer Bote», Stefan Calivers, sieht in diesen Tempo-30-Auswüchsen auf Kantonsstrassen kein Problem, schliesslich muss er ja als Willisauer diesen Strassenabschnitt in Wauwil nur sehr selten befahren, was aber den meisten Strassenbenutzern aus der Region, welche diese Verbindungsstrasse Richtung Sursee täglich mehrmals befahren, nicht erspart bleibt und zu jeder Zeit mit dieser Radarfalle konfrontiert werden können. Stefan Calivers wirft der SVP Fundamentalopposition vor, nur weil sie sich das Recht genommen hat, durch eine Initiative gegen diese Un-

klarheiten und Auswüchse bei Tempo 30 innerorts Klarheit zu verschaffen. Unterstützt wird die SVP vom Nutzfahrzeugverband Astag und vom TCS und ACS. Beim Sammeln der Unterschriften zeigt sich, dass solche Tempo-30-Schikanen nicht mitgetragen werden und als ein Problem betrachtet werden. Die Unterschriften werden, wie es sich zeigt, in kürzester Zeit gesammelt sein. Das Volk wird also entscheiden können und die Richtung angeben, so gibt es Klarheit.

Toni Graber,
Kantonsrat SVP, Schötz

BRIEF

aus dem Nationalrat



Michael Töngi
Grüne, Kriens

Manchmal zeigen sich die Widersprüchlichkeiten in der Politik erst so richtig, wenn sich mehrere Entscheide aneinanderreihen. So geschehen in diesem Frühling. Die öV-Branche kündig-

Infrastruktur ist eine gemeinsame Aufgabe

te an, dass die Billettpreise im nächsten Jahr ansteigen werden. Ob der Zeitpunkt der Erhöhung klug und der Entscheid richtig ist, kann man diskutieren. Schliesslich will der Bund den öV fördern und die Leute zum Umsteigen animieren. Höhere Preise für die Kundinnen und Kunden sind da nicht motivierend und können gerade bei Gelegenheitsfahrer abschreckende Wirkung haben. Gleichzeitig ist klar: Der

öV ist auf diese Einnahmen angewiesen, wenn wir ein gutes Angebot wollen. Total unverständlich war in diesem Umfeld aber der zweite Entscheid, den der Bundesrat publizierte: Er will auf das nächste Jahr die Gelder für den öV kürzen und begründete dies mit dem finanziellen Druck auf den Bund. Das heisst konkret, die Benutzerinnen und Benutzer des öffentlichen Verkehrs bezahlen mehr, und gleichzeitig droht ein Abbau der Leistungen. Weniger öffentliche Gelder wird den Druck erhöhen, schlecht ausgelastete Linien abzubauen. Dies würde vor allem die Landschaft treffen, weil die Linien in den dünner besiedelten Kantonsregionen bei den Passagierzahlen oft nicht mit den Linien in den städtischen Regionen mithalten können.

Das alles widerspricht Grundsätzen in der Verkehrspolitik, gerade auch jenen, die der Kanton Luzern sich gegeben hat. In jedem Einleitungstext zu Grundlagenpapieren ist die Vermeidung und Verlagerung von Mobilität prominent erwähnt, es bräuchte also einen klaren Ausbau beim öV. Manchmal ist es dann schwierig, aus hehren Grundsätzen auch eine konkrete Umsetzung hinzukriegen oder es zeigt sich in diesen Mo-

menten: Viele meinten es doch nicht so ernst damit.

Dieses Motto könnte auch für das CS-Debakel gelten. Bundesrätin Karin Keller-Sutter stellte in der Parlamentsdebatte die richtige Frage: Wir müssten klären, welchen Finanzplatz wir in der Schweiz wollten. Gut so – aber diese Frage hätten sie und ihre Kolleginnen und Kollegen schon vor vielen Jahren beantworten können. Denn die Frage war schon seit sehr langer Zeit im Raum. Meine allererste politische Aktion war eine Standaktion in Luzern für die Bankeninitiative – 1984. Schon damals ging es um den Bankplatz Schweiz, dubiose Geschäfte mit Diktatoren und um das Bankgeheimnis. Die Initiative wurde nach einem rekordverdächtig hohen Geldeinsatz der Banken abgelehnt. Eine Mehrheit der Schweizer Politik hat sich immer erst bewegt, wenn Druck aus dem Ausland kam oder eine Bank vor dem Ruin stand. Man liess sich zu stark vom Glamour blenden, international mitmischen zu können, glaubte an die Wichtigkeit des Finanzplatzes für unseren Wohlstand und hat sich letztlich in Geiselhaft nehmen lassen von einem Unternehmen, das von Pleite zu Panne

wandelte, garniert mit unglaublichen Boni.

Ob die Lösung, die der Bundesrat beschlossen hat, die richtige war, wird erst die Zukunft zeigen. Das Parlament konnte diese nicht mehr ändern und hatte auch keine Grundlagen, um einen vernünftigen Vergleich verschiedener Varianten vorzunehmen. Jetzt ist es wichtig, dass die richtigen Massnahmen getroffen werden, damit eine solche Situation nie mehr eintreten kann. Und dazu braucht es eine Parlamentarische Untersuchungskommission. Denn bereits nach der UBS-Rettung 2008 wurde dieses Versprechen gemacht. Weshalb haben die Too-big-to-fail-Regeln nicht funktioniert respektive weshalb wurden sie nicht angewandt? Weshalb hat der Bundesrat nicht früher interveniert? Aber natürlich stellt sich auch die Frage, weshalb das Parlament bessere Regulierungen wie ein Trennbankensystem abgelehnt hat, wie es mein Vorgänger Louis Schelbert vorgeschlagen hatte.

Themenwechsel: Mit Prioris will die Region Luzern West für alle Bewohnerinnen und Bewohner eine zukunftsfähige Telekommunikation anbieten. Glasfa-

ser ist die Zukunft und gehört in jeden Haushalt. Ich habe das Projekt von Anfang unterstützt und war bei Gesprächen der Region, der Gemeinde Luthern und der Swisscom dabei, um als Erstes in Luthern dieses Ziel umzusetzen. Damals hat es geklappt, leider sperrt sich die Swisscom, dieses Modell nun für die ganze Region anzuwenden. Sie besteht darauf, selber Glasfaser zu verlegen – dort wo es für sie rentabel ist. Abgelegene Wohnhäuser und Gewerbebetriebe würden nicht erschlossen.

Ich habe Verständnis, dass die Swisscom als Unternehmen, das Gewinn für die Aktionäre erwirtschaften muss, auf ihr Geschäft und Rentabilität achtet. Nur: Infrastruktur ist eine gemeinsame Aufgabe und wie wir Strassen, Wasserleitungen oder Eisenbahnen bauen, brauchen wir auch ein Telekommunikationsnetz. Leider überlässt die Schweiz den Ausbau dieser Infrastruktur dem Wettbewerb, was zur Folge hat, dass das Angebot in den Städten toll, aber auf dem Land viel schlechter ist: Denn hier winkt kein grosses Geschäft. Ich werde mich weiter dafür einsetzen, dass auch die Bevölkerung in den Landregionen gleich gute Leistungen erhalten wie jene in den Städten.